DEF. WISSENSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK BERLIN

Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47; sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 38; Königstr. 76/77; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 130; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 3; Mittenwalderstr. 6; Gerauerstr. 20; Rykestr. 23; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 13; Charlottenburg, Kantstr. 34.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das Illustr. Witzblatt „ULK“, die feuilst. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus u. Hof-Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 75 Pf. Ausland extl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direkt unter Kreuzband vierteljährlich: für Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 38; Königstr. 76/77; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 130; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 444. Berlin, Freitag, den 1. September 1905. XXXIV. Jahrgang.

Hierzu die Wochen-Beilage „ULK“ No. 35.

Die schwedisch-norwegischen Verhandlungen.

(Von unserem Korrespondenten.)

✕✕ **Christiania**, 29. August.

Das öffentliche Interesse des ganzen Nordens ist den bevorstehenden schwedisch-norwegischen Verhandlungen gewidmet. Die große Abrechnung der feindlichen Brüder auf der skandinavischen Halbinsel hat sich nunmehr also dahin entwickelt, daß man sich einigte, in — Verhandlungen einzutreten zu wollen. Wie oft schon haben Schweden und Norwegen in den letzten Jahrzehnten der Union wegen verhandelt! Die bisherigen Unterhandlungen waren sehr aufreibend; sie kosteten den Norwegern nicht weniger als sieben Ministerien, die es übernommen hatten, auf dem Wege der Verhandlungen mit Schweden zur Verständigung zu gelangen und nahmen dazu zwei Völkern in einem Menschenalter die nationale Ruhe. Trotzdem aber waren die Verhandlungen nicht nur erfolglos, sondern vertieften lediglich die Kluft zwischen Ost und West. Den neuen Verhandlungen aber darf man ohne Bedenken von vornherein ein besseres Horoskop stellen. Die Voraussetzungen sind nämlich im Hinblick auf früher die entgegengesetzten. Einstmals verhandelten Schweden und Norwegen mit der Bewahrung der Union vor Augen; jetzt aber tritt man in die Verhandlungen ein, indem man von der Aufhebung der Union als einem fait accompli ausgeht. Es gilt nur noch, diejenigen Formen zu finden, die man beiderseitig für die Trennung akzeptieren kann. Schweden zwar steht offiziell immer noch auf dem Standpunkte, daß die Union nicht aufgelöst ist, so lange man sich über die „Bedingungen“ nicht einigte. Norwegen dagegen greift im Falle der Strandung der kommenden Verhandlungen auf den Storthingsbeschluß vom 7. Juni zurück, der, wenn auch einseitig norwegisch, die Auflösung der Union als an sich perfekt ausspricht. Inzwischen aber hat Schweden ja unzweideutig zu erkennen gegeben, daß es ebenfalls prinzipiell nunmehr willig ist, eine Gemeinsamkeit aufzuheben, deren Wertlosigkeit jedem Sehenden schon lange in die Augen stach. Unter diesen Voraussetzungen ist also begründete Hoffnung vorhanden, daß man sich über die Form der Trennung auch einigen wird. Jedenfalls wird selbst auch ein entgegengesetztes Resultat niemals Norwegen etwa bewegen können, die Rolle des Unionsgenossen „zweiter Güte“ wieder zu übernehmen! Einer Nichteinigung müßte als schwedische Konsequenz der bewaffnete Widerstand gegen die Unionsauflösung, der Krieg, folgen. Schweden aber hat feierlich ausgesprochen, daß es die Union eines Krieges nicht wert hält. Es hat also auch seinerseits ein großes Interesse daran, die Verhandlungen mit einer förmlichen Verständigung abschließen zu lassen. Daraus folgt, daß die von Schweden aufgestellten „Bedingungen“, die die Basis der Verhandlungen bilden werden, keineswegs als ein schwedisches Ultimatum aufzufassen sind, um dessen Erfüllung willen man Norwegen die Freiheit geben will. Im Gegenteil: Die schwedischen „Bedingungen“ sind ein Verhandlungsprogramm, das man sich vor der Annahme durch Einflüsse von beiden Seiten abgeändert, eingeschränkt oder ergänzt, denken kann. Da nun aber die „Bedingungen“ rein schwedischen Ursprunges sind und eingestandenermaßen die Forderungen dieses Kontrahenten erschöpfen, so ist es natürlich, daß etwaige Abänderungen nur auf Veranlassung des anderen Partners, Norwegens, hin erfolgen können.

Die schwedische Forderung nach einer Volksabstimmung und einem hierauf zu stützenden erneuten Ansuchen um Auflösung der Union hat Norwegen bereits erfüllt. Unter den übrigen Forderungen tritt namentlich diejenige hervor, die auf Schaffung einer neutralen Grenzzone zwischen beiden Reichen abzielt. Beide Länder sollen sich verpflichten, im Bereiche eines näher zu bestimmenden Grenzgürtels bestehende Festungswerke niederzulegen und neue nicht zu errichten. Es ist das ein Vorschlag, der anscheinend ein starkes schwedisches Friedensbedürfnis erkennen läßt und aus diesem Grunde nur darauf rechnen kann, Norwegens Beifall zu finden. In Wirklichkeit aber liegt die Sache doch ein wenig anders. Allein Norwegen würde nach Annahme dieses Vorschlages gezwungen sein, bestehende Festungswerke zu schleifen, während Schweden nur verpflichtet, in einer Gegend keine Festungen zu errichten, die auch bisher und trotz des sehr gespannten Verhältnisses zu Norwegen zu befestigen keine Veranlassung fand. Dazu sind die betroffenen norwegischen Werke lediglich als ein Schutz der nach der Hauptstadt führenden Straßen wie der Stadt selber gedacht und tragen so einen rein defensiven Charakter. Es wird darum Norwegen äußerst schwer, sich auf diesen Vorschlag einzulassen, und allem Anscheine nach sind die delegierten Unterhändler dazu ohne weiteres auch nicht ermächtigt oder bereit. Es handelt sich voraussichtlich um die Werke von Frederikstén, Kongsvinger, Frederikstad, Oerje und Ursdog, nach deren Fall Christiania gänzlich schutzlos wäre. Auf jeden Fall wird es darauf ankommen, die schwedische Forderung gehörig einzuschränken, so daß lediglich die äußersten Grenzwerke zu schleifen wären, von denen nicht geleugnet werden kann, daß sie den schwedischen Nachbar sehr genieren können. Für den Fall einer norwegischen Ablehnung droht Schweden mit einer starken schwedischen Befestigung der entsprechenden Grenzpartien. Es besteht also die Gefahr, daß eine Nichteinigung über diese Frage beide Länder in einen sinnlosen Militarismus stürzen wird. Darum liegt es in beiderseitigem Interesse, in den Verhandlungen mäßig aufzutreten, damit eine Verständigung möglich werde. Auch die Frage der Weidegerechtsame der schwedischen Lappen in Norwegen möchte auf einigen Widerstand der Bevölkerung des nördlichen Norwegens stoßen; doch ist in diesem Punkte die Gefahr einer Nichteinigung nicht annähernd so groß. Alle übrigen „Bedingungen“ Schwedens werden in Norwegen kaum nennenswerte Gegner finden.

Man darf den „Verhandlungen“ mit größtem Interesse entgegensehen. Die Situation ist ernst und einzig in ihrer Art. Die Verhandlungen müssen sozusagen zur Verständigung führen. Denn für den Fall, daß die Verhandlungen stranden, hält Norwegen an der beschlossenen und durch die Volksabstimmung autorisierten Aufhebung der Union einfach fest und läßt Schweden sich damit abfinden. Schweden besitzt in der Tat kein Mittel, Norwegen anders zu zwingen, nachdem man die Anwendung von Gewaltmitteln selber für ausgeschlossen erklärt hat.

Abdul-Hamid und das Deutschtum.

Der Sultan Abdul-Hamid, der heute zum dreißigsten Male seine am 19. August 1876 alten Stils erfolgte Thronbesteigung feiert, dürfte nicht ohne gemischte Gefühle auf die Vergangenheit wie in die Zukunft blicken.

Einer gerecht es ihm zur großen Genugtuung, daß es ihm beschieden wurde, eine der längsten Regierungsperioden zu erreichen, die das ottomanische Herrscherhaus zu verzeichnen hat. Diese Befriedigung wird noch dadurch gesteigert, daß er im Laufe seiner langen Herrscherjahre so viele gefährlichen politischen Klippen zu umgehen, so viele schweren Schicksalsschläge zu tragen hatte, ja, so manchen ernsten Gefahren für seine Person ausgesetzt war.

Erst vor wenigen Wochen ist Abdul-Hamid einer solchen Gefahr entgangen, wohl der ernstesten seit der Verschwörung Ali Suavis, und die vielen Sympathiekundgebungen, die ihm anläßlich des jüngsten Attentates zugingen, beweisen ihm zur Genüge, wie allgemein man das Geschehene verdammt. Selbst seine entschiedensten Gegner haben ihrem Abscheu und ihrer Verurteilung dieser Kampfesart offen Ausdruck gegeben.

Die Regierung des Sultans Abdul-Hamid war von Schwierigkeiten aller Art erfüllt. Unter seinem Szepter hat das türkische Reich wesentliche Verkleinerungen erleiden müssen. Abgesehen von den reichen, fruchtbaren Vasallenstaaten Egypten und Tunis, sind den Osmanen ganze Provinzen, die unmittelbares Reichsgebiet bildeten, wie Bulgarien, Ostrumelien, Bosnien, Herzegowina, Thessalien und bedeutende Ländereien in Kleinasien verloren gegangen. Dazu kommen noch die Inseln Cypern und Kreta und vieles andere. Vielleicht wäre manches Unglück durch rechtzeitiges Eingreifen und durch den Verhältnissen angepaßte Reformen abzuwenden gewesen. Aber man darf andererseits nicht vergessen, daß es in vielen Fällen der klugen und schneidigen persönlichen Politik des Sultans zu verdanken war, daß die Unglücksschläge sich nicht noch schlimmer gestalteten.

Freilich, seine politischen Gegner wälzen die ganze Verantwortung für die erlittenen Verluste und Schlappen wie für die mißliche Lage, in der die Türkei sich noch heute befindet, einzig und allein auf die Schultern Abdul-Hamids. Weit, sagen sie, er die ganze Staatsgewalt, die ganze äußere wie die innere Politik, ja die ganze Verwaltung bis in die kleinsten Details in seinen eigenen Händen konzentriert hat.

Wir, die wir aus der Ferne die Dinge wohl etwas objektiver betrachten, können einer solchen schroffen Verurteilung nicht beistimmen. Man darf nicht vergessen, daß die Thronbesteigung des jetzigen Sultans unter Umständen erfolgte, die nicht dazu angetan waren, ihn mit einem Male seiner Herrscheraufgabe gerecht werden zu lassen.

Die damalige fast verzweifelte politische Lage, die verrotteten Zustände im Inneren, die Finanznot, der Kampf zwischen den freisinnigen Elementen mit Midhat Pascha an der Spitze und den aus Ueberzeugung oder Interesse an dem alten Regime hängenden Alttürken, kurzum alles trug dazu bei, die Stellung des neuen Monarchen zu erschweren und ihn bei der Wahl des einzuschlagenden Weges irrezuführen. Unter dem Druck der Hofkamarilla lieh der junge Padischah sich dazu bestimmen, die bereits eingeführte Konstitution wieder aufzuheben. Damit beging er den Kardinalfehler seiner Regierung, der von der jungen türkischen Generation sowohl im Interesse des Sultans selbst wie im Interesse seines Landes tief bedauert worden ist. In dem ruhigen, sicheren Fahrwasser der Konstitution hätte er, über den Parteien stehend, das Staatsschiff in ganz andere, segensreichere Bahnen einlenken können.

Mag dem sein, wie ihm wolle. Wir Deutsche haben jedenfalls keinen Grund, dem Sultan abhold zu sein. Während seiner Regierung hat das deutsche Element in der Türkei immer größere Fortschritte gemacht, und die deutsche Politik in der Türkei hat an Einfluß und Errungenschaften ein erfreuliches stetiges Wachstum zu verzeichnen.

Ist auch das befriedigende Resultat unserer Beziehungen zu der Türkei zunächst der weitsichtigen Initiative des Kaisers zu verdanken, so gebührt dem Sultan volle Anerkennung für das Wohlwollen, das er auch sonst immer für das Deutschtum an den Tag gelegt hat. Schon als junger Prinz liebte er es, sich außer mit seinen albanesischen und tscherkessischen Getreuen mit Deutschen zu umgeben, die er auch als Sultan in seiner Nähe behielt. Durch sie, die sich aller Schliche und Intrigen enthielten, lernte Abdul-Hamid die Deutschen und das Deutschtum kennen und schätzen.

Sein Vertrauen zu diesen Deutschen seiner Umgebung, größtenteils einfachen, dem Handwerkerstande angehörenden Leuten, ist immer unerschüttert geblieben. Einen von ihnen, den aus Mecklenburg stammenden Tischler Jenssen, der vor einigen Jahren gestorben ist, verwandte er sogar noch viele Jahre nach seiner Thronbesteigung zu wichtigen politischen Missionen. Jenssen wurde oft höheren Palastbeamten auf ihren Spezialmissionen beigegeben, um ihr Tun und Treiben zu beobachten und darüber dem Großherrn persönlich Bericht zu erstatten.

Nach und nach zog Abdul-Hamid immer mehr Deutsche — Zivilbeamte und Militärs — heran, die als Ratgeber oder Organisatoren in den verschiedenen Verwaltungszweigen oder als Instrukteure im Heer und in der Marine tätig waren. Immer mehr wendete der Sultan dem Deutschtum sein Vertrauen zu. Immer mehr lernte er die ihm seitens der Deutschen geleisteten Dienste schätzen, bis das beiderseitige gute Verhältnis die deutsche Politik erkennen ließ, daß die Vorbedingungen für engere politische und wirtschaftliche Beziehungen geschaffen waren.

„Seitdem haben sich unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu dem osmanischen Reiche immer mehr entwickelt, und unser Handel, unsere Industrie und unsere Finanz haben heute in der Türkei so viele Interessen, daß uns das Schicksal dieses befreundeten Landes alles andere als gleichgültig sein kann. Dies um so weniger, als unsere bisherigen Beziehungen sich derart bewährt haben, daß sie ein weiteres ersprießliches Gedeihen verbürgen.

Die Türkei bietet noch ein weites Feld für den deutschen Unternehmungsgeist. Der Bedarf ist ebenso groß wie dringend. Solange die Türkei Eisenbahnen und Hafenbauten nötig hat, solange sie für ihre Verteidigungszwecke Schiffe, Waffen und Munition gebraucht, solange sie kein Telephon, kein elektrisches Licht, keine elektrische Straßenbahn kennt, solange sie keine moderne Industrie besitzt, solange sie so ungeheure verschiedenartige unausgeschlossene Grubenschätze in ihrem Schoße trägt, so lange hat auch die deutsche Volkswirtschaft dort ein breites und dankbares Wirkungsfeld.

Die immer wieder auflodernden Gärungen in verschiedenen Teilen des türkischen Reiches können freilich nur einen lähmenden Einfluß auf unsere dortigen Beziehungen ausüben. Damit diese gedeihen können, bedarf es dringend der Ruhe und Ordnung. Im Interesse der Türkei wie in unserem eigenen glauben wir daher zur heutigen Feier des Sultans Abdul-Hamid keinen besseren Wunsch aussprechen zu können, als daß es ihm bald gelingen möge, die anarchistischen Umtriebe niederzuschlagen, die revolutionären Wirren zu beseitigen, unter denen die Türkei erzittert, und in seinem Reiche Ruhe und Frieden zu stiften, die nötig sind für eine gedeihliche Entwickelung der in diesem Lande schlummernden Kräfte.

---

* Die „Leipz. Volksztg.“ reitet noch immer auf der **„Vorwärts-Frage“** herum. Wann diese handwurmartige Artikelserie ein Ende nimmt, das weiß außer Herrn Mehring niemand. Für den Außenstehenden haben diese Ergüsse einer beleidigten schönen Seele auch so gut wie gar kein Interesse. Nur einige prinzipielle Sätze wollen wir aus dem Phrasenwust herausschälen. Herr Mehring kennzeichnet nämlich die Beziehungen der „Leipz. Volksztg.“ zum „Vorw.“ so:

> „Die Sache ist einfach die, daß heute kein Parteiblatt nach den alten Parteiprinzipien redigiert werden kann, ohne unausgesetzt mit dem Zentralorgan der Partei zu kollidieren, und daß kein Parteiblatt mit dem Zentralorgan der Partei kollidieren kann, ohne sofort wegen Mangels an „gutem Ton“, wegen „Krakeelsucht“, wegen „unmöglicher Diskussion“, wegen der Anmaßung, die Vasalle, Marx und Engels zu „engeren Kollegen“ erwählt zu haben, wegen „Literateneitelkeit“, „Literatenmäschen“, „Literatenreibereien“, peinlich angeklagt zu werden. Das ist nicht nur das Schicksal der „Leipziger Volkszeitung“, sondern auch sehr vieler anderer Parteiblätter, denn glücklicherweise herrschen die alten Parteiprinzipien ja noch in der Partei vor. Selbstverständlich wollen wir mit der Feststellung dieser Tatsache nicht etwa nach dem Vorbilde des „Vorwärts“ sagen: der „Vorwärts“ ist der allein Schuldige, und wir anderen sind die reinen Unschuldslämmer; es wird unsere Aufgabe sein, demnächst nachzuweisen, daß diese beklagenswerte Entwickelung in den Zuständen und nicht in den Personen wurzelt. Wir stellen einstweilen nur die Tatsache fest, um daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die gegenwärtigen Streitigkeiten kein Ende finden werden, bis entweder kein Parteiblatt mehr nach den alten Parteiprinzipien redigiert wird, oder der „Vorwärts“ denen gegeben wird, denen er gehört, den Berliner Genossen, in denen die alten Parteiprinzipien so lebendig sind, wie an irgendeinem anderen Orte des Reiches. Es ist die faktische und, wie wir nachweisen werden, historisch unmögliche Stellung des „Vorwärts“ als eines angeblichen Zentralorgans der Partei, die